

# Bibbern vor Erdogan

## Völkermordresolution: Deutsche Regierungsvertreter drücken sich um Abstimmung im Bundestag

*Nick Brauns und Michael Merz*

---

Die türkische Regierung empörte sich am Mittwoch erneut über die für den heutigen Donnerstag geplante Verabschiedung der Völkermordresolution im Bundestag. Bei den Massenmorden unter Verantwortung der jungtürkischen Regierung waren mit Billigung des deutschen Kriegspartners zwischen 1915 und 1916 bis zu 1,5 Millionen Armenier sowie Aramäer und Angehörige weiterer christlicher Minderheiten ums Leben gekommen. Der Genozid wird von der türkischen Regierung nach wie vor vehement bestritten. Unionsfraktionsvize Franz Josef Jung (CDU) warnte gestern: »Ich hoffe, dass es nicht zu irgendwelchen Überreaktionen der Türkei kommt.« Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Christine Lambrecht, pflichtete ihm bei: »Es geht nicht darum, eine aktuelle Regierung zu kritisieren, an den Pranger zu stellen.«

Trotz dieser Beschwichtigungen bezeichnete der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim die Abstimmung als »absurd« und »lächerlich«. »Man sollte die Geschichte den Historikern überlassen«, sagte er weiter. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan prophezeite wegen der Einstufung als Völkermord bereits eine Verschlechterung der deutsch-türkischen Beziehungen. Yildirim sprach zwar ebenfalls von »negativen Auswirkungen« auf das bilaterale Verhältnis zur BRD, der Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei werde deswegen aber nicht scheitern. Der Präsident Armeniens, Sersch Sargsjan, bezeichnete die Resolution wiederum als »sehr wichtig« für sein Land. Er habe »kein Verständnis« für die Furcht deutscher Politiker vor einer scharfen Reaktion Erdogans, sagte Sargsjan gegenüber *Bild* (Mittwochausgabe).

Nach anfänglicher Unterstützung der Resolution wird Vizekanzler Sigmar Gabriel sich offenbar vor der Abstimmung drücken. Frühzeitig und demonstrativ hatte sich der SPD-Chef festgelegt, für das Papier zu votieren. Nun erfuhr die Nachrichtenagentur *dpa*

am Mittwoch, dass der Bundeswirtschaftsminister am heutigen Donnerstag parallel zur Entscheidung im Parlament vor 1.000 Teilnehmern beim Tag der Bauindustrie reden müsse. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wird fehlen. Er besucht Argentinien und Mexiko. Ursprünglich hatte er den Beschluss verhindern wollen. Vizeregierungssprecherin Christiane Wirtz sagte am Mittwoch in Berlin, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sei für die Resolution. An der Abstimmung im Bundestag werde sie aber aus Termingründen »nach derzeitigem Stand« nicht teilnehmen.

Unterdessen wurde gegen den früheren Linke-Bundestagsabgeordneten Hakki Keskin ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Ein entsprechender Antrag sei bei der Landesschiedskommission der Berliner Linkspartei gestellt worden, erfuhr *junge Welt* am Mittwoch aus dem Parteivorstand. Grund dafür ist Keskins Rolle als Leugner des Genozids sowie seine Mitgliedschaft in der ultranationalistischen Heimatpartei (Vatan Partisi) der Türkei. Letztere gilt als äußerst militärnah, ihrer Führung gehören Generäle im Ruhestand an, und die Partei begrüßt ausdrücklich den Krieg gegen die Kurden. Zuletzt war Keskin am Sonnabend in Berlin als Redner auf einer Kundgebung türkischer Nationalisten einschließlich Verbänden aus dem Spektrum der faschistischen Grauen Wölfe aufgetreten. Am Dienstag hatte Keskin als Linke-Mitglied in einem Debattenbeitrag der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* die Vernichtung der Armenier erneut als kriegsbedingte Zwangsumsiedlungen verharmlost.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/06-02/001.php>